WELT

Wo die „Letzte Generation“ recht hat – unser Parlament hat ein Teilhabe-Problem

Stand: 03.05.2023 | Lesedauer: 4 Minuten
Von Margit Osterloh, Bruno S. Frey

„Gesellschaftsrat jetzt“: Klima-Aktivisten bei Protesten in Berlin
Quelle: Getty Images

Die „Letzte Generation“ will einen „Gesellschaftsrat“, der per Losverfahren besetzt wird statt durch Wahlen. Das soll Diskriminierung verhindern. Es stimmt: In unseren Parlamenten sind

bestimmte Schichten krass übervertreten. Doch der Plan der Klimaaktivisten hat einen entscheidenden Fehler.

Die Klimaaktivisten der „Letzten Generation“ haben zuletzt in Berlin den Verkehr lahmgelegt, um ihre Forderungen durchzudrücken. Dazu gehören das Ende von Autos mit Verbrennungsmotoren, das Aus für Gas- und Ölheizungen sowie Gas- und Kohlekraftwerken sowie ein „Gesellschaftsrat“.

Dieser soll einen demokratischen Umbau der Gesellschaft herbeiführen. In Wahrheit würde er jedoch nur ein demokratisches Mäntelchen für die Erzwingung von Maßnahmen darstellen, die sonst in einer freiheitlichen Gesellschaft nicht erreichbar sind.

Der „Gesellschaftsrat“ wäre aus einem per Losverfahren hergestellten Querschnitt der Bevölkerung zu bestimmen. Die Teilnehmenden sollen von Expertinnen und Experten mit Fakten und Perspektiven versorgt werden. Sie sollen in professionell moderierten Kleingruppen politische Maßnahmen vorschlagen, welche anschließend dem Parlament vorgelegt werden. Ein Verfahren, für das zunächst durchaus einiges spricht.

Die Zufallsauswahl von Bürgerinnen und Bürgern würde es ermöglichen, die zugrunde liegende Gesamtheit besser zu repräsentieren als herkömmliche Wahlen. Sie verhindert Diskriminierung, etwa nach Geschlecht, Ausbildung oder Hautfarbe. Personen, die ansonsten im politischen Prozess wenig oder gar nicht berücksichtigt werden, können sich artikulieren. Quoten werden überflüssig.

Im Gegensatz dazu sind die heutigen Parlamente weit davon entfernt, die Wählerschaft wirklich zu repräsentieren. Vielmehr sind gut organisierte Interessengruppen und bestimmte Schichten krass übervertreten: So haben von den 2019 gewählten Abgeordneten des Deutschen Bundestags 82 Prozent einen Hochschulabschluss – in der Gesamtbevölkerung sind es lediglich 18 Prozent. Das Parlament ist damit ein hochselektives Organ.

Unrepräsentative Demokratie

Wir leben zwar nicht mehr in einer Erb-Aristokratie, aber in einer Wahl-Aristokratie, die alles als andere als statistisch repräsentativ ist.

Etliche Bundestagsabgeordnete haben sich entsetzt über den „Gesellschaftsrat“ gezeigt. Kein Wunder, würden sie doch an Einfluss verlieren. Geschichtliche Erfahrung spricht dafür, dass Losverfahren politische Seilschaften ausbremsen: So konnte in Basel im 18. Jahrhundert auf diese Weise der Einfluss des berüchtigten „Daigs“, das heißt der Oberschicht, beträchtlich reduziert werden.

Mehr als dreimal so viele Außenseiter, die vorher keine Chance gehabt hätten, wurden in den politisch wichtigen „kleinen Rat“ gewählt. Die Interessen der „kleinen Leute“ wurden in der Folge besser berücksichtigt.

In einem Experiment haben wir gezeigt, dass sich bei Ankündigung eines Losverfahrens mehr leistungsfähige Kandidierende bewerben – in unserem Fall Frauen –, die sich bei herkömmlichen Verfahren in viel geringerem Ausmaß beworben hätten.

Bei genauerer Lektüre des Aufrufs der „Letzten Generation“ für einen Gesellschaftsrat kommen jedoch erhebliche Zweifel an der demokratischen Absicht. Eine autoritäre Dimension ist unverkennbar: Dem Gesellschaftsrat wird ein präzises inhaltliches Ziel vorgegeben, nämlich Null-Emissionen in Deutschland bis zum Jahr 2030. Ob dieses Ziel vernünftig, machbar oder demokratisch legitimiert ist, soll gemäß den Vorstellungen der „Letzten Generation“ nicht hinterfragt werden.

Weil die Teilnahme der durch das Los gewählten Bürger freiwillig ist, muss damit gerechnet werden, dass vorzugsweise Klima-Aktivisten dem Ruf folgen. Maßnahmen würden beschlossen, die mit hoher Wahrscheinlichkeit nicht dem Mehrheitswillen entsprechen.

Keine ergebnisoffenen Diskussionen

Außerdem ist die Rolle des Parlaments widersprüchlich: Einerseits sollen die vom Gesellschaftsrat beschlossenen Maßnahmen dem Parlament vorgelegt werden. Anderseits müssen sie gemäß dem Aufruf der „Letzten Generation“ von der Bundesregierung „1:1“ umgesetzt werden.

Insgesamt würde man ein wichtiges Merkmal demokratischer Institutionen verabschieden, nämlich die ergebnisoffene Diskussion über Ziele und Maßnahmen. Diese ist zentral für die per Los gewählten „Bürgerräte“, die bereits in einigen Ländern wie Irland, Island und

Auch die Bundesregierung plant solche Bürgerräte. Aber auch hier sollen sie jeweils nur zu bestimmten, vom Bundestag gewählten Themen eingesetzt werden. Das Parlament *kann* ihre Ergebnisse beraten. Auch hier bestimmt eine Wahl-Aristokratie, ob es ein Thema auf die Tagesordnung schafft. Die Agenda wird nach wie vor durch politische Entscheidungsträger bestimmt, die von den wahlberechtigten Bürgerinnen und Bürgern abgekoppelt sind.

Losverfahren müssen deshalb vor falschen Freunden in Schutz genommen werden. Gleichwohl können sie eine wichtige Ergänzung der parlamentarischen Demokratie sein. So könnten aus der Bevölkerung ausgeloste Ausschüsse des Bundestags selbst gewählte Themen behandeln. Die Ergebnisse müssten der Öffentlichkeit präsentiert und im Bundestag beraten werden. Bald würde sich herausstellen, welche Ziele und Maßnahmen tatsächlich dem aufgeklärten Mehrheitswillen entsprechen. Ganz sicher würden Verkehrsblockaden nicht dazu gehören.

Margit Osterloh und Bruno S. Frey sind Professoren (em.) der Universitäten Zürich und Basel sowie Forschungsdirektoren von CREMA (Center for Research in Economics, Management and the Arts), Zürich. Bruno S. Frey hat kürzlich zusammen mit Oliver Zimmer das Buch „Mehr Demokratie wagen“ (Aufbau Verlag Berlin) veröffentlicht.